

### Teil 3

#### **Morgen: Mit Freiheit und Verantwortung als Kompass für die Zukunft**

Die Legitimität der politischen Ordnung ist in der Bundesrepublik Deutschland von Beginn an besonders eng mit der wirtschaftlichen Prosperität verknüpft gewesen. Umso mehr lässt sich eine Politik, die fahrlässig mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes spielt, nur mit dem Prädikat „verantwortungslos“ klassifizieren. Zahlreiche Anzeichen legen die Befürchtung nahe, dass bereits erschreckend viele Bürger das Vertrauen in die politische Ordnung im großen Maße verloren haben – sie haben genug von moralischen Imperativen und weltfremden Ideen. Wollen wir diesem Vertrauensverlust entgegenwirken, müssen auch die Rahmenbedingungen für einen starken Wirtschaftsstandort wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte rücken. Gerade in diesen Tagen erleben wir, wie die Folgewirkungen von ideologischem Überschwang und fahrlässiger Illusion in der Realität mit harter Offenheit zutage treten. „Die grüne Deutungshoheit ist passé“, stellt der Historiker Prof. Dr. Andreas Rödder einen sich gerade vollziehenden gesellschaftlichen Paradigmenwechsel fest. Umso wichtiger ist es, ein positives und zugleich von der Realität gedecktes bürgerlich-liberales Gegenmodell aufzuzeigen. Ein Narrativ, das Lust auf Zukunft macht und sich auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zurück besinnt.

Doch wie sieht eine solche Vision für die Zukunft konkret aus? Genau an dieser Stelle scheint es auf den ersten Blick, als würde es einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für Anwälte der Sozialen Marktwirtschaft geben. Andere Akteure haben es einfacher, weil sie die farbenfroheren Geschichten erzählen, vorgaukeln die Zukunft zu kennen und vermeintlich einfache Lösungen versprechen. Die Soziale Marktwirtschaft dagegen gibt nicht vor, die Antwort darauf zu kennen, wie die Welt in 20 Jahren aussieht. Sie stellt vielmehr die Frage, welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit wir morgen eine gute ökonomische und damit auch eine politisch stabile Entwicklung haben? Und auf diese Frage bietet die Soziale Marktwirtschaft sehr konkrete und zeitlose Antworten. Denn sie besitzt etwas Wichtigeres als eine vermeintliche Glaskugel, sie fußt auf unveränderbaren Prinzipien. „Prinzipien sind der wichtigste Beitrag, den wir zur Frage der Politik leisten können“, wusste schon Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek.

Planwirtschaftler und kollektivistische Konstruktivisten glauben weiterhin, dass man einen Fahrplan der neuen Erfindungen in Wirtschaft und Technik für mehr als ein Jahrzehnt im Voraus festlegen kann und muss. Sie erheben staatliche Investitionen zur Allzweckwaffe der Wirtschaftspolitik. Dass etwa Bill Gates prognostiziert, 50 Prozent der Technologien, die wir zur Lösung der Klimakrise brauchen, seien noch gar nicht erfunden, dass sich das Wissen der Welt in vielen Bereichen alle zwei Jahre verdoppelt und, dass rund 90 Prozent des heutigen weltweiten Datenbestandes erst in den letzten beiden Jahren entstanden ist, hält sie nicht davon ab, sich schon heute das Wissen anzumaßen. Sie wollen dem System zentral diktieren, welche Güter und Techniken es hervorzubringen hat. Sie verbieten und ordnen an. Dieser Weg ist bislang immer krachend gescheitert, weil ein Großteil des notwendigen Wissens für das Gelingen sozio-ökonomischer Koordination eben über alle Akteure verteilt ist und sich nur durch wirtschaftlichen Wettbewerb anzapfen lässt, nicht durch die Allwissenheit und den Dirigismus von Bürokraten. Den wesentlichen Unterschied bringt Nassim Taleb in seinem Buch «Skin in the Game» auf den Punkt. Der Staatsbedienstete riskiert nichts. Der Unternehmer wägt Alternativen gegeneinander ab. Lohnen sich die Investitionen langfristig wirklich? Liegt er falsch, wird er dauerhaft keinen Erfolg haben. Genau darin besteht der große Vorteil der Marktwirtschaft. Jeder kann seine eigenen Ziele verfolgen. Der Markt transformiert individuellen Eigennutz in kollektive Nützlichkeit. Er sammelt und verarbeitet dabei unzählige Informationen und vorhandenes Wissen. Jede Intervention von Staatsseite – etwa über Subventionen, Zölle, gesetzliche Beschränkungen oder Bürgschaften und Garantien in Millionen- oder Milliardenhöhe – verzerrt, verfälscht, reduziert die Kraft des Marktes als unbestechlicher Schiedsrichter und zieht stets mehr Probleme nach sich als sie löst.

Missionarische Sozialingenieure versprechen zudem „Milch und Honig“ und verschweigen, dass davor unweigerlich Fleiß, Schweiß und manchmal auch Tränen stehen. Sie verteilen gerne Kuchen, beteiligen sich aber nicht an dem Backprozess. Erst das Leistungsprinzip eröffnet die Chancen auf Sozialstaatlichkeit. Der fürsorgende und bevormundende Staat würgt die individuelle Leistungsbereitschaft ab und stößt

augenscheinlich an Grenzen bei seiner Finanzierung. Genau wegen dieser im wahrsten Sinne des Wortes viel versprechenden Politik, ist die aktuelle Diskussion über die Schuldenbremse, die angeblich wichtige Zukunftsinvestition verhindert, eine Farce. Die Staatsausgaben sind unter der Schuldenbremse nicht gesunken, es wurden vielmehr die öffentlichen Investitionen durch konsumtive und redistributive Ausgaben verdrängt.

### **Bausteine für ein neues Zielbild**

Eine freiheitliche, Chancen öffnende Gesellschaftsordnung, die auf den Bedürfnissen der Bürger gebaut ist, ist spannender, erstrebenswerter und erfolgreicher, als ein entmündigendes und nach einem dirigistischen Masterplan entworfenes Zukunftsmodell. Ein bürgerlich-liberales Zielbild muss sich deshalb sowohl von den unhaltbaren Versprechungen und dem anmaßenden Hochmut der links-grünen Verheißungspolitik, als auch von den einfachen Antworten der populistischen Rechten absetzen.

Klar ist: Wirtschaftliche Freiheit braucht Regeln. Da die Zukunft keinen „Status quo“ kennt, ändern sich auch die Anforderungen an einen stabilen Rahmen und eine gute Wettbewerbsordnung beständig. Digitalisierung, Klimaschutz und geopolitische Konflikte werfen neue Fragen auf. Doch die zugrunde liegenden Prinzipien bleiben die gleichen. Die Rolle des Staates etwa hat Walter Eucken trefflich beschrieben: „Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein.“

Ein weiteres Kernelement ist der Wettbewerb. Aber es ist nicht das freie, ungezügelte Spiel von Kräften, sondern ein geordneter Wettbewerb, der den Missbrauch von Marktmacht verhindert. So sammeln sich die Wohlfahrtsgewinne nicht in den Händen weniger. Und auch Konsumenten und Beschäftigte haben Anteil am Wohlstand. Wettbewerb ist ein Garant für die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft. Er schafft Wohlstand, er muss aber auch geschützt werden. Dafür braucht es ein kluges Wettbewerbsrecht und starke Kartellbehörden. Zu jedem Wettbewerb gehört auch die Möglichkeit des Scheiterns. Marktwirtschaft ist kein konstanter Zustand der perfekten Effizienz. Sie ist ein permanenter Versuch-und-Irrtum-Prozess. Irrtümer müssen in Zukunft wieder in diesem Suchprozess korrigiert werden können. Hindert man den Markt daran, diese Korrekturen vorzunehmen, indem man die alten Strukturen künstlich aufrechterhält, dann nimmt man dem Marktprozess die Grundvoraussetzung für seine Wirksamkeit.

Es braucht wieder eine verlässliche Wirtschaftspolitik, die für langfristige Investitionssicherheit sorgt.



*v.l.n.r. Wolfgang Steiger, Astrid Hamker, Friedrich Merz, Julia Klöckner, Philipp Amthor*

Die Kernbestandteile müssen revitalisiert werden, die Einheit von Handeln und Haften, der Schutz des Privateigentums, Vertragsfreiheit, offene Märkte und die notwendige Währungsstabilität. Diese konstituierenden Prinzipien machen unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung aus. All das sind Voraussetzungen, die eine Marktwirtschaft nicht aus sich selbst hervorbringen kann. Wettbewerbsfähigkeit wird immer vom Ordnungsrahmen beeinflusst. Mit guten institutionellen Bedingungen von der Rechtsordnung über Bildung bis zur Infrastruktur lassen sich Standortvorteile im internationalen Wettbewerb schaffen. Diese wichtige Aufgabe hat der Staat zuletzt ungenügend erfüllt und bei den Rekordmitteln, die er zur Verfügung hat, ist der deutlich sichtbare Qualitätsverlust in diesen Kategorien keineswegs akzeptabel.

Lassen Sie uns einige Felder beleuchten, bei denen die Abkehr von diesen Prinzipien besonders eklatant ist und dringend gegengesteuert werden muss:

### **Klimapolitik**

Mitten in der Energiekrise zusätzlich das Angebot zu verknappen und dadurch auch noch fallende Preise zu erwarten, hat nichts mit grüner Wirtschaftspolitik zu tun, sondern ist schlichte Unvernunft. Wer zudem eine „Klimakatastrophe“ ausruft, Kernkraft als Alternative jedoch kategorisch ablehnt – dem geht es letztlich um ganz andere Interessen. Der deutsche Kernkraft-Ausstieg ist ein Fehler historischen Ausmaßes. Als viertgrößtes Industrieland der Welt, steigen wir aus einer Technologie aus, in der wir lange Zeit weltweit führend waren. Eine klare Perspektive für die Energieversorgung der nächsten Dekaden fehlt weiterhin.

Während wir uns selbst jedoch weiterhin einreden, dass unsere Energiepolitik weltweit Vorbildcharakter besitzt, ist die deutsche Energiewende längst dabei, durch Kostenexplosionen und Versorgungsunsicherheiten im Ausland zum Abschreckungsbeispiel dafür zu werden, wie sich ein einst blühender Industriestaat durch eine verfehlte Energiepolitik selbst ruiniert. Von Marktwirtschaft kann dabei keine Rede sein. „Die Klimapolitik ist also teuer, bringt aber überhaupt nichts“, lautet das traurige Fazit von Prof. Gabriel Felbermayr.

Hier braucht es ein grundlegendes Umsteuern. Es muss gelingen, Marktwirtschaft und Klimaschutz zu verbinden. Wettbewerb und Technologieoffenheit sind dafür die notwendigen Leitlinien. Es gilt, den Emissionshandel zum primären Instrument des Klimaschutzes zu machen, denn er ist mit Markt- und Wettbewerbsmechanismen hochgradig kompatibel. Die Klimapolitik muss wie jedes andere Politikfeld letztlich von den Bürgern getragen werden und auf ihre freiwillige Zustimmung bauen – ordnungspolitische Grundprinzipien dürfen deshalb nicht länger unbeachtet bleiben. Deshalb müssen wir künftig dahin kommen, die Kosten der Klimapolitik anhand von Kosten-Nutzen-Analysen zu evaluieren. Ebenso real wie die drohenden Schäden durch den Klimawandel, sind die Kosten ineffizienter und schlechter Maßnahmen verminderter Emissionen und sie treffen vor allem die Schwächsten.

Gerade die Denker der Sozialen Marktwirtschaft haben früh erkannt, welche Bedeutung Umwelt- und Klimaschutz haben werden. Diese Themenfelder waren integraler Bestandteil der von Alfred Müller-Armack skizzierten zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft, die er als gesellschaftspolitische Phase kennzeichnete. Die Schonung von Ressourcen, Anreize für Umweltschutz in Unternehmen und die Einbindung der gesamten Gesellschaft waren damals ein visionäres Konzept. Darauf lässt sich noch heute aufbauen.

### **Migration**

Das Thema Migration ist längst zu der wesentlichen Vertrauensfrage für die deutsche Politik geworden. Eine große Mehrheit der Bevölkerung möchte seit Jahren Kontrolle über die Zuwanderung haben. Doch trotz zahlreicher Versprechungen ist es bis heute nicht einmal im Ansatz gelungen, den Umfang zu kontingentieren, sich auf wirklich Schutzbedürftige zu konzentrieren und Rückführungen von Abgelehnten zu organisieren. Nicht, dass es Zuwanderung gibt, ist der Nährboden für politische Polarisierung, sondern die vollkommen ungenügende politische Gestaltung. Die nun notwendigen Maßnahmen gehen deutlich über konsequente Abschiebungen hinaus.



„Es gibt keine Zaubermaßnahme,“ hat SPD-Chef Lars Klingbeil vor Scheinlösungen in der Migrationsdebatte gewarnt. Das ist jedoch kein Argument, um in immer höherem Tempo in die falsche Richtung zu laufen. Während etwa Dänemark den Familiennachzug eingeschränkt hat, hat die Ampelregierung den Familiennachzug erleichtert. Die dänischen Sozialdemokraten haben Migranten auch die Sozialleistungen um rund die Hälfte gekürzt. Die deutschen Sozialdemokraten haben dagegen für eine Erhöhung des Bürgergelds gesorgt, das inzwischen zur Hälfte Eingewanderten zugutekommt. In Deutschland werden Asylbewerber mit ihrer Anerkennung als Flüchtling einheimischen Grundsicherungsbeziehern gleichgestellt.

Die Frage nach Leistungsunterschieden für Asylzuwanderer in Europa ist der Elefant im Raum. Es ist geradezu absurd, wie wenig über die im europäischen Vergleich unterschiedliche Leistungshöhe für anerkannte und abgelehnte Asylbewerber diskutiert wird. Der griechische Migrationsminister Dimitrios Kairidis sprach es kürzlich ungeschminkt an, Deutschland biete Asylsuchenden Unterstützungsleistungen, von denen nicht einmal ein griechischer Staatsbürger träumen würde. Fakt ist, dass in den letzten Jahren mehr Asylbewerber abgelehnt als anerkannt wurden und, dass es bei dieser großen Gruppe der Nicht-Schutzberechtigten nirgends eine ähnlich großzügige Regelung wie hierzulande gibt.

Länder wie Kanada zeigen, wie Flüchtlingspolitik transparent, geplant und sozial verträglich funktionieren kann. Hier wird strikt nach einer Kontingenzlösung entschieden, die ausschließlich von humanitären Gesichtspunkten bestimmt ist - es kommen also nur Personen, die wirklich schutzbedürftig sind. Auch Deutschland und Europa muss es gelingen, von der irregulären zu einer gesteuerten Migration zu kommen. Die Überlastung der Aufnahmekapazitäten und die Folgen des Kontrollverlustes zeigen sich längst auf dem Wohnungsmarkt, in dem Bildungssystem, dem Arbeitsmarkt, dem Gesundheitssystem und der Kriminalstatistik. Doch solange das Problem der Rückführung nicht gelöst ist, wird die Situation unverändert bleiben. Umso wichtiger sind Abkommen mit Herkunfts- und gerade auch Transitstaaten samt einer Erweiterung des Prinzips der sicheren Drittstaaten. Das Verbindungsprinzip in den europäischen Asylregeln besagt, dass man Menschen nur in solche sicheren Drittstaaten zurückbringen kann, zu denen sie eine bestimmte Verbindung haben. Die Bundesregierung weigert sich jedoch, anders als die meisten anderen EU-Länder - die Überstellung in Transitländer in dieses Prinzip zu integrieren. Notwendig wäre jedoch nicht nur die Transitlösung festzuschreiben, sondern ähnlich wie es UK und Australien machen, auch mit weiteren Drittstaaten Abkommen zu schließen, die keine Transitländer sind.



v.l.n.r. Astrid Hamker, Christian Lindner

Die israelfeindlichen Demonstrationen auf deutschen Straßen nach dem Terror der Hamas zeigen überdeutlich: Der Grad der Integrierbarkeit von Zuwanderern lässt sich nicht allein an der Beschäftigungsquote und der Bereitschaft zum Spracherwerb messen - die Frage nach der Leitkultur gehört wieder auf die Tagesordnung. Es geht darum, die Rechts- und Werteordnung als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu vermitteln. Es ist kein Verbrechen, sondern eine Notwendigkeit, von jedem Flüchtling und Einwanderer eine klare Bejahung zur Verfassungsordnung des Grundgesetzes einzufordern. Wir müssen klar machen, dass Integration nur so funktioniert und das von uns entsprechend erwartet wird. Staatskunde muss ebenso fester Bestandteil des Lehrplans wie der Sprachunterricht sein. Genauso deutlich gilt es festzulegen, was wir auf keinen Fall tolerieren können. Wir können keine Paralleljustiz, Ghettoisierung, Frauenfeindlichkeit, Kinderehen und in aller Klarheit auch keinen Antisemitismus akzeptieren.

Auch bei dem Thema Staatsbürgerschaft brauchen wir einen neuen Realismus. Das Bürgerrecht ist das kritischste Gut, das ein Staat zu vergeben hat. Kaum etwas ist für seine Stabilität langfristig derart entscheidend wie die Zusammensetzung des Staatsvolks. Im Artikel 116 des Grundgesetzes ist eindeutig festgelegt, wer zum Staatsvolk gehört: Deutsche Staatsangehörige - das beinhaltet eben bei weitem nicht jeden, der in diesem Land lebt. Der Begriff gehört zum normativen Fundament unserer Republik. Mit der Zugehörigkeit sind Rechte und Pflichten verbunden. Jedes Urteil in der Bundesrepublik wird „Im Namen des Volkes“ gesprochen. Alle Staatsgewalt „geht vom Volke aus“. Der Amtseid des Bundeskanzlers bezieht sich ganz konkret auf diesen Begriff. Er schwört dort seine „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes“ zu widmen.

Die Anforderungen für die Einbürgerung wurden in den letzten Jahren immer weiter gesenkt – zeitlich und inhaltlich. Personen, die ab 2014 als Asylbewerber nach Deutschland kamen, machen davon in steigender Zahl Gebrauch. Wurden 2020 etwa 6700 Syrer eingebürgert, waren es 2021 bereits über 19 100. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl eingebürgerter Syrer gar auf über 48 000. Die Zahl dürfte in den kommenden Jahren auf hohem Niveau bleiben. Ehegatten und Kinder können zudem ohne Mindestaufenthaltsdauer gleich mit eingebürgert werden. Ein Land, das liberal und tolerant bleiben will, darf keine illiberalen und intoleranten Menschen einbürgern. Die Staatsbürgerschaft muss wieder am Ende der Integration stehen und nicht am Anfang.

## Europa

- Das europäische Projekt ist eine historische Glanzleistung. Die Römischen Verträge haben ein beispielloses Freiheitsversprechen gegeben, das auf beeindruckende Weise eingehalten wurde. Doch die EU kommt unübersehbar vom Kurs ab und setzt statt auf die einstigen Erfolgsgaranten nunmehr zunehmend auf Zentralisierung, Bürokratie und Haftungsvergemeinschaftung. Doch weder eine immer stärker von Beamten mit Plänen gesteuerte und bevormundete Wirtschaft, noch immer neue Schuldenvehikel für bereits überschuldete Staaten lösen die grundlegenden Probleme des Euro und der EU. Im Gegenteil, sie lähmen Europa. Europa muss sich stattdessen wieder auf die Prinzipien besinnen, die es wirtschaftlich stark gemacht haben: Markt, Wettbewerb und Subsidiarität. Die Weiterentwicklung des Binnenmarktes bietet gewaltige Möglichkeiten zukünftigen Wohlstand gemeinsam zu erschaffen. Dafür gibt es eine Reihe von Hebeln:
- Bürokratieabbau – Europa kann sich absurde Regulierung nicht leisten, wenn seine Wirtschaft weltweit mithalten will. In den letzten Jahren war die Arbeit der Europäischen Kommission verlässlich davon geprägt, Verordnungen und Richtlinien zu erlassen, die Europa im internationalen Wettbewerb zurückfallen lassen. Taxonomy, Nachhaltigkeitsstandards für Berichtspflichten, EU-Lieferkettengesetz, EU-Lohntransparenz-Richtlinie – wer Unternehmen bis ins kleinste Detail mit Dokumentations- und Berichtspflichten erstickt, hat Wirtschaft nicht verstanden und darf sich nicht wundern, wenn Unternehmen abwandern.
- Energie- und Klimapolitik - deutlich höhere Gas- und Stromkosten sind ein fundamentaler Wettbewerbsnachteil. Umso wichtiger ist die Stabilisierung der Energieversorgung und -preise durch die Weiterentwicklung der Energieunion und entsprechende Angebotsausweitungen.

- Verkehr und Transport - es braucht die Garantie von Technologieoffenheit und Wettbewerbsfähigkeit bei der Dekarbonisierung des Verkehrs, statt staatlichen und marktgekoppelten Protegierens einzelner Antriebs- bzw. Kraftstofftechnologien.
- Freihandel - in einer Phase, in der weltweit Protektionismus und nationale Abschottung auf dem Vormarsch sind, muss Europa ein spürbares Gegengewicht bilden und die aktuellen Auseinandersetzungen als Chance begreifen, für eine weitere Liberalisierung des Welthandels einzutreten und dessen Vorteile noch stärker als bislang zu nutzen.
- Kapitalmarktunion - Europa darf sich die Ineffizienz von einer Vielzahl zersplitterter Kapitalmärkte nicht länger leisten. Umso mehr kommt es darauf an, eine europäische Finanzierungsarchitektur zu gestalten, die das riesige Potenzial an privatem Kapital in Europa effizient nutzt.
- Digitaler Ordnungsrahmen – in den 90er Jahren setzte Europa den Mobilfunkstandard GSM durch – dieses Selbstbewusstsein, auf globale technische Standards zu setzen brauchen wir auch bei künftigen Schlüsseltechnologien. Mit seinem innovativen und weltweit erfolgreichen Mittelstand ist Europa prädestiniert dafür, eine Führungsrolle bei der industriellen Anwendung von KI zu übernehmen. Nicht zuletzt ist die EU ein globaler Garant für Rechtssicherheit datenverarbeitender Unternehmen beim grenzüberschreitenden Datentransfer. Um diese Potenziale nutzen zu können, ist jedoch eine flächendeckende und leistungsfähige digitale Infrastruktur sowie ein einheitlicher harmonisierter Datenschutzansatz notwendig, der Innovation mittels verfügbaren Daten ermöglicht.
- Sicherheits- und Verteidigungspolitik - gemeinsam liegen die EU-Mitgliedstaaten bei den Verteidigungsausgaben weltweit an zweiter Stelle. Bei der Effizienz der Ausgaben gibt Europa jedoch ein schlechtes Bild ab. Eine stärkere Zusammenarbeit der europäischen Staaten bei Beschaffungsvorhaben, Ausbildung und Rüstungsprojekten schafft eine höhere Interoperabilität und ermöglicht somit die Steigerung von militärischer Effektivität der Streitkräfte. Zudem lassen sich durch gemeinsame Projekte die Kosten der Entwicklung und des Betriebs massiv senken. Kontraproduktiv sind dagegen Pläne zur Einführung einer EU-Taxonomie für den Bereich der wehrtechnischen Industrie.



v.l.n.r. Wolfgang Steiger, Manfred Weber

## Sozialstaat

Wenn der Sozialstaat auf Dauer gesund bleiben soll, kann er niemals mehr leisten als nur die „Abwehr von Not“. Nahezu täglich rief Erhard den Bürgern durch den Äther zu: Maßhalten! Maßhalten bei Löhnen, bei Preisen und vor allem Maßhalten bei den Ansprüchen. Der Sozialetat lag damals bei 25 Prozent des Gesamthaushaltes. Das empfand Erhard als zu viel. Dieser eng begrenzte „Sozialstaat“ Erhard’scher Prägung war human, entsprach der christlichen Soziallehre und war vor allem bezahlbar. Ludwig Erhard forderte die Bürger, bevor er sie förderte. Jede Sparleistung, so klein sie auch war, wurde steuerlich belohnt: das Alterssparen, das Kapitalmarktsparen, das Bausparen – und alles gleichzeitig bei niedrigen Einkommen durch Prämien, bei höheren Einkommen durch steuerliche Absetzmöglichkeiten.

Ein Netz der sozialen Sicherung, das Härten abfedert und Menschen vor wirtschaftlicher Not schützt – das war die Erhard’sche Maxime, mehr ist nicht zu verantworten. Diese Vorstellungen sind längst uferlosen Ansprüchen gewichen. Politiker haben einen Sozialstaat geschaffen, der offensichtlich die Belastungskraft der nächsten Generation übersteigt. Fördern und Fordern wird eingetauscht gegen ein Bürgergeld, hinter dem letztlich die Idee eines leistungslosen Grundeinkommens steckt. Wir können genauso gut auf das Rentenproblem blicken. Wir wissen doch, was auf uns zukommt und verweigern einfach die Antwort. Wenn die Anzahl der Rentner steigt und die Anzahl der Beitragszahler nicht mitwächst, dann gibt es eine Lücke.

Ein wesentliches Standbein der Sozialen Marktwirtschaft ist das Leistungs- und Aufstiegsversprechen. Ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem ist deshalb ebenso gefragt, wie ein soziales Sicherungsnetz und eine funktionierende Wettbewerbsordnung. Wir können uns deshalb die katastrophalen Entwicklungen, wie sie zuletzt durch die erschütternden Pisa-Ergebnisse deutlich wurden, nicht länger leisten. Die Lernverluste zerstören die Chancen der Einzelnen, etwa in Form von geringeren Beschäftigungsmöglichkeiten und Einkommen und sie verringern gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und damit das zukünftige Wohlstandsniveau unserer Gesellschaft.

## Was wir jetzt brauchen

Eines ist klar: Durch Problemverschleppung und mutloses Abwarten und Aussitzen wird kein Ruck durch die Gesellschaft gehen und kein Umsteuern gelingen. Es reicht nicht aus, zu verkünden, dass man gegen den Populismus kämpft. Man muss auch sagen, wofür man steht, für welche politische Idee man eintritt. Es gilt, Ludwig von Mises Aufforderung vom Werte der besseren Idee mit Leben zu füllen. „Was nottut, ist der Kampf gegen schlechte Ideen“, hatte von Mises appelliert. „Ideen, und nur Ideen können Licht in die Dunkelheit bringen“, warb er dafür, die eigenen Ideen verständlich zu erklären und so die Menschen zu überzeugen.

Das ist zuletzt zu häufig nicht gelungen. So ist etwa die Kernkraft in Deutschland nicht technisch gescheitert. Sie ist diskursiv gescheitert, weil wir es als Gesellschaft einfach nicht geschafft haben, künstliche Tabus aufzubrechen und eine offene Debatte zu führen. Weil das Sprechen über sie nur noch von lautstarken Gegnern und Angstmachern dominiert wurde – die Befürworter jedoch stigmatisiert wurden und sich entnervt aus der Diskussion zurückgezogen haben. Es muss uns alle nachdenklich stimmen, dass bei dieser für den Wirtschaftsstandort Deutschland so wichtigen Entscheidung, eine Mischung aus verengtem Diskussionsraum, aggressiver Abweisung von Evidenz, von geistiger Trägheit und der Abwesenheit eines Korrektivs herrschte.

Diese Entwicklung darf nicht fortlaufen. Sonst ergeht es uns wie den Römern in der späten Phase des Römischen Reiches. Die geistige Elite war von den Intrigen und Machtspielen in der Hauptstadt frustriert und ermüdet und zog sich auf die Landgüter und in die Klöster zurück. Die Mittelmäßigen und Unfähigen übernahmen die Staatsgeschäfte, und das scheinbar für ewig gefestigte römische Staatsgefüge zerfiel in wenigen Jahrzehnten. Gerade jetzt ist deshalb Führungskraft gefragt und eine Rückbesinnung auf die Stärken der Wirtschaftswunderzeit – auf Freiheit, Verantwortung und Lust auf Zukunft.



## Lust auf Zukunft

Es mag sich banal anhören. Aber, wenn wir Lust auf Zukunft machen wollen, dann müssen wir endlich anfangen zu artikulieren, dass es auch eine Zukunft gibt. Die Menschheit droht nicht in den nächsten Jahren auszusterben. Im Gegenteil, es geht uns Menschen besser als jemals zuvor. Laut den Berechnungen des Max-Planck-Instituts werden 77 Prozent der neugeborenen Mädchen in Deutschland ihren 90. Geburtstag erleben. Mindestens jede Dritte wird sogar 100. Das Mädchen, das sich mit dem Schild „Ich sterbe am Klimawandel“ auf die Straße festklebt, wird nicht daran sterben. Sie wird statistisch länger leben, als ihre Eltern und Großeltern, in größerem Wohlstand, in einer sauberen Umwelt und in einer Welt, in der weniger Menschen arm sind. Wir haben vollkommen die Dimensionen verloren. Die Vereinten Nationen prognostizieren, dass das globale Durchschnittseinkommen bis zu Ende des Jahrhunderts um 450 Prozent steigen wird, durch die Auswirkungen des Klimawandels könnte der Einkommensanstieg jedoch leicht zurückgehen und lediglich 434 Prozent betragen. Das ist es, was wir stärker kommunizieren müssen. Wir Menschen unterschätzen unsere Innovationsfähigkeit chronisch. Und es kann doch nicht sein, dass gerade in Deutschland – dem Land der Tüftler und Ingenieure – der Zeitgeist durch Angst und Misstrauen vor Innovationen und Technik geprägt ist. Fortschrittsskeptiker und Verzichtsapostel geben zu lange den Ton an. Erfolgreiche Transformation und Digitalisierung brauchen Freude und Begeisterung für Technik – einen mutigen Pioniergeist a la Bertha Benz. Soziale Marktwirtschaft ist doch gerade deshalb so ein Erfolgsmodell, weil es auf das Beste im Menschen setzt – seinen Erfindergeist und seine Kreativität. Der Klimawandel ist eine gewaltige Herausforderung, um die wir uns mit größter Aufmerksamkeit kümmern müssen, aber er ist eben keine Apokalypse.

Keinesfalls dürfen wir unterschätzen, wie entscheidend es ist, diesen Grundton zu ändern. Denn die Dynamik, die sich hinter diesem Alarmismus verbirgt(?), folgt einer simplen politischen Handlungslogik. Zunächst wird eine Stimmung erzeugt, die man hysterisch nennen muss. Auf jeden Fall ist es immer mindestens 5-nach-12. Die Zeit für mühsame Abwägungen und Differenzierungen ist damit abgelaufen. Stilprägend ist an dieser Stelle das politische Moralisieren, die Eindimensionalität der Zielsetzung, die keine Nebenwirkungen mehr berücksichtigt sowie die Reduzierung von Komplexität. Die Situation erfordert nun unverzügliches Handeln, gerne auch unter Verletzung ordnungspolitischer oder sogar rechtsstaatlicher Prinzipien. Nun werden unterkomplexe und plakative Forderungen nach Verboten und Beschränkungen abgefeuert. Durch die erzeugte Unsicherheit erscheint zudem das Angebot eines fürsorglichen Staates, der vermeintlichen Schutz in diesen turbulenten Zeiten bietet, attraktiv. Doch die Fürsorge entpuppt sich jedes Mal schon bald als Bevormundung und Entmündigung. Es ist eine Dynamik, die Markt und Eigenverantwortung ersticken lässt. Freiheit stirbt immer scheinbarweise.

## Freiheit

Freiheit ist Voraussetzung für unternehmerischen Mut und Forscherdrang. Beides braucht es, um die Produktivität zu erhöhen, die das Fundament unseres Sozialstaates ist. Wir brauchen dafür den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Wir brauchen die kühnen Gedanken genialer Außenseiter, die kreativen Versuche fantastischer Traumtänzer und das waghalsige Experimentieren von Spezialisten. Es geht darum, viele verschiedene Ideen gleichzeitig auszuprobieren.

Freiheit muss von jedem Einzelnen gelebt werden — sie wird nicht geschenkt oder gewährt. Ludwig Erhard hat auf die Fähigkeit und den Willen der Menschen vertraut, ihre Freiheit verantwortlich zu nutzen. Dieses Menschenbild muss wieder Maßstab werden. Wir dürfen nicht noch weiter einer Sichtweise verfallen, in der der Staat seine Bürger als betreuungsbedürftig behandelt und durch bevormundende Detailregulierung nahezu entmündigt. „Entscheidungen nicht treffen zu müssen kann erleichternd sein. Jeder weiß, wie gut es sich anfühlen kann, wenn einem jemand eine Entscheidung abnimmt.“ Aus diesen Zeilen von Robert Habeck spricht ein erschütterndes und entmündigendes Freiheitsbild. Volkserziehung von ganz oben anstatt Eigenverantwortung. Der Staat kann und soll keine Vollkaskoversicherung gegen alle persönlichen Widrigkeiten des Lebens ausstellen. Es ist die eigentliche Aufgabe des Staates, dort zu intervenieren, wo die Freiheit des Individuums gefährdet ist - und nicht sie weiter einzuschränken.



## Verantwortung

Freiheit ist kein Freibrief. Die Schwester der Freiheit ist die Verantwortung — für das eigene Leben, aber auch für Mitarbeiter, Mitmenschen und Gesellschaft. Es wäre leichtfertig, die Bewahrung unserer Werte — vom Patriotismus bis hin zu Tradition, Pflichtbewusstsein und Glauben als Aufgabe von Staat und Behörden zu sehen. Denn die Soziale Marktwirtschaft benötigt zwei Dinge:

### Vorbilder

Soziale Marktwirtschaft funktioniert nur solange, wie sich Vorbilder vorbildlich verhalten. Die Grundkonzeption der Sozialen Marktwirtschaft zeigt, dass recht verstandenes wirtschaftliches Handeln immer eine ethische Dimension hat. Verantwortungslose Freiheit und mangelnde Orientierung an den Tugenden bringen die Soziale Marktwirtschaft unweigerlich zum Scheitern. Ludwig Erhard hat deshalb stets betont, dass die Soziale Marktwirtschaft nicht nur Wettbewerb und soziale Gerechtigkeit in Ausgleich bringt, sondern beides untrennbar mit der „sittlichen Verantwortung jedes einzelnen“ verbunden ist.

### Verteidiger

Die Soziale Marktwirtschaft hat ein Grundvertrauen in den Bürger, in das Recht und in den Markt. Diese Prinzipien und Werte können viele Menschen überzeugen, die sich enttäuscht abwenden. Sie müssen nur glaubhaft vorgelebt, vertreten und verteidigt werden. Das ist unser gemeinsamer Auftrag als Wirtschaftsrat. 60 Jahre nach der Gründung engagieren sich hier viele tausend Menschen aus ganz Deutschland und Europa, die für Millionen von Arbeitsplätzen und einen überragend großen Teil der deutschen Wirtschaftskraft stehen. Sie versammeln sich hinter einer gemeinsamen Idee und bekennen sich offen und voller Zuversicht zu Freiheit, Wettbewerb und Verantwortung. Diese Menschen sind Teil einer unbeugsamen Wertegemeinschaft. Sie sind die Erben Erhards. Sie wissen, dass gerade die großen Herausforderungen unserer Zeit nur mit seinen zeitlosen Prinzipien zu bewältigen sind. Sie haben guten Grund, selbstbewusster und lauter zu werden. Schreiben wir die Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft in Freiheit und Verantwortung gemeinsam fort.